



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln am 04.03.2020.

Sitzungsort: in der von Aschebergschen Kurie, Stiftsstraße 4, 48301 Nottuln
 Beginn: 19:00 Uhr
 Ende: 23:10 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzende/r

Wolf Haase SPD

Ratsmitglieder

Hermann Büßing	CDU	
Richard Dammann	Bündnis 90/Die Grünen	
Wolfgang Danziger	SPD	
Dr. Susanne Diekmann	Bündnis 90/Die GRünen	Vertretung für Herrn Uphoff
Stephan Hofacker	ÖLiN	
Paul Leufke	CDU	Vertretung für Herrn Hülsken
Volker Ludwig	SPD	
Roswitha Roeing-Franke	CDU	
Hartmut Rulle	CDU	
Marco Upmann	CDU	
Jan Van de Vyle	UBG	Vertretung für Frau Kleinschmidt
Herbert van Stein	UBG	
Helmut Walter	FDP	

Sachkundige/r Bürger/in

Markus Böker

CDU

Peter Holtrup

SPD

Teilhabebeauftragter

Heinrich Rütering

Teilhabebeauftragter

Stellvertr. sachk. Bürger/in

Waldemar Bogus

UBG

Vertretung für Herrn Kruse

Von der Verwaltung

Doris Block

Michael Diekmann

Christian Driever

Katja Frerick

Stefan Kohaus

Daniel Krüger

Manuela Mahnke

Jonas Sonntag

Als Gast

Herr Alfert

Herr Bomhoff

Herr Fleuth

Herr Herbers

Schriftführung

Elisa Mütherig

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen der Gemeinde Nottuln wird verhandelt und beschlossen wie folgt:

A. Öffentliche Sitzung

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit
----------	--

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Wolf Haase, stellt die ordnungsgemäße Einladung zur Ausschusssitzung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2	Bestimmung eines Mitgliedes, das die Sitzungsniederschrift mit unterschreibt
----------	---

Zur Mitunterzeichnung der Sitzungsniederschrift wird Ratsfrau Roswitha Roeing-Franke bestimmt.

3	Mitteilungen
----------	---------------------

Frau Mahnke berichtet, dass sie im Rahmen der Bürgermeisterkonferenz in enger Abstimmung mit dem Kreis und den umliegenden Gemeinden zum Corona-Virus stehe. Auch innerorts finden enge Abstimmungen mit der Feuerwehr und dem THW statt. Auf der Homepage der Gemeinde Nottuln werde über neue Informationen berichtet.

Herr Haase lässt abstimmen, ob die Vorlagen 005/2019/1 „Sachstand zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 139 „Appelhülsen, südlich des Sportplatzes““ sowie 020/2020 „Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 26.01.2020 Hier: Umbau des Tennenplatzes in Darup zu einem Kunstrasenplatz“ vor der Haushaltsberatung thematisiert werden könne und damit als Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 beraten werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

4	Planungsangelegenheiten I
----------	----------------------------------

4.1	Sachstand zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 139 "Appelhülsen, südlich des Sportplatzes" Vorlage: 005/2019/1
------------	--

Vorlage 005/2019/1 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt.

Herr Sonntag erläutert, dass die Verwaltung den gestellten Arbeitsauftrag, mögliche Erschließungsvarianten zu prüfen, erfüllt hat und nun einen weiteren Arbeitsauftrag benötigt.

Die CDU befürwortet die Entstehung von einem kleinen Baugebiet, kritisiert jedoch die Zufahrt über den bestehenden Weg 354.

Die UBG stellt folgenden Antrag auf Beschlussänderung: Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 139 „Appelhülsen, südlich des Sportplatzes“ wird fortgesetzt. Der dazu am 19.03.2019 unter 2. zu VL 005/2019 ergangene Beschluss des Rats wird aufgehoben.

Die SPD kritisiert den Vorschlag der UBG, da der Ausschuss sich bereits mehrfach mit dem Bauleitplanverfahren beschäftigt habe. Man habe jedoch eine Umsetzung des Baugebiets jedes Mal verschoben. Es sei nicht richtig, dass die Anwohner des bestehenden Wohngebiets, über das das Baugebiet Nr. 139 „Appelhülsen, südlich des Sportplatzes“ erschlossen werden solle, das durch das Baugebiet Nr. 139 entstehende höhere Verkehrsaufkommen kritisiere, da das bestehende Wohngebiet ebenfalls an ein bestehendes Wohngebiet anschlossen wurde.

Die Fraktion ÖLiN erläutert, dass Baugebiete nachhaltig werden müssen. Man müsse Baugebiete schaffen, die möglichst wenig Verkehr produzieren. Sollte dies nicht möglich sein, müsse man auf das jeweilige Baugebiet verzichten.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen befürwortet das Baugebiet, kritisiert jedoch ebenfalls die Zufahrt über den bestehenden Weg. Man müsse erneut Kontakt zu den Eigentümern der Fläche aufnehmen.

Die CDU erläutert, dass sie der SPD überwiegend zustimmt. Jedoch müsse man folgendermaßen vorgehen: Man müsse erstens schauen, ob der Weg Nr. 354 umsetzbar sei. Zweitens müsse ein Grundstück aus dem späteren Baugebiet an die Gemeinde gegeben werden. Drittens müsse es zwei Erschließungen für das Baugebiet geben. Herr Sonntag erläutert dazu, dass die Verwaltung die technische Erschließung über den Weg 354 bisher nicht geprüft habe, weil sie laut Ratsbeschluss diesen Weg nicht prüfen durfte. Dies sei der Grund, warum die Verwaltung die Politik bittet, den Weg in die Planung miteinbeziehen zu dürfen. Zu dem zweiten Punkt erklärt Herr Sonntag, dass eine Gewinnabschöpfung verhandelbar sei, jedoch könne man in dieser Situation niemanden dazu verpflichten, einen Teil seines Eigentums für eine Erschließung bereit zu stellen. Zu der Aussage der Fraktion ÖLiN erklärt Herr Sonntag, dass die Lage des Baugebiets sich für eine Innenentwicklung eigne und aufgrund der verhältnismäßig zentralen Lage in Appelhülsen wenig Verkehr produziert werden würde.

Die SDP weist nochmal daraufhin, dass der in Rede stehende Weg von Seiten der Gemeinde genau für diese Erschließung vorgesehen wurde. Aufgrund der geringen Größe des Baugebiets sei das Verkehrsaufkommen aus Sicht der SPD relativ gering. Zudem verweist die SPD auf die Vorlage 128/2015 und bittet um weitere Berücksichtigung.

Die UBG erläutert, dass das Verkehrsaufkommen gerade während der Bauphase für die Anwohner störend sei. Herr Sonntag verweist auf ein Gespräch mit den Flächeneigentümern, von denen

ein Eigentümer eventuell eine Baustraße über sein Grundstück ermögliche. Zudem sei es der Regelfall, dass vorhandene Straßen unter der Bauphase eines neuen Gebiets leiden.

Ein Anwohner äußert, dass eine Baustellenerschließung über den Weg 354 nicht funktioniere. Herr Krüger erläutert, dass die in der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) vorgeschriebenen 5m für einen Begegnungsverkehr vorhanden sind. Herr Sonntag weist erneut auf das Angebot von einem der Flächeneigentümer hin, eine Baustraße möglicherweise über dessen Grundstück zu führen.

Die SPD wirft die Frage auf, ob ein Ausschussmitglied der CDU befangen sei. Nach kurzer Rücksprache mit Herrn Kohaus wird die Abstimmung vom Ausschussvorsitzenden eingeleitet.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag 2 der Verwaltung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ja 5, Enthaltung 3, Nein 9 – mehrheitlich abgelehnt.

Im Anschluss lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag 1 der Verwaltung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ja 4, Enthaltung 0, Nein 13 – mehrheitlich abgelehnt.

Als letztes lässt der Ausschussvorsitzende über den Antrag der UBG auf Änderung des Beschlussvorschlages abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Ja 8, Enthaltung 2, Nein 7 – mehrheitlich angenommen.

Frau Mahnke erläutert, dass die Verwaltung erneut auf die Anwohner zugehen werde. Frau Block ergänzt, dass die Politik den Unmut der Verwaltung verstehen müsse, da dieses Bauleitplanverfahren sich in einer Endlosschleife befinde, während es viele Projekte mit Priorität gebe. Bereits erfüllte Arbeitsaufträge erneut zu vergeben – ohne dass sich die Sach- und/oder Rechtslage geändert hätte – sei absolut unnötig.

Beschluss:

Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 139 „Appelhülsen, südlich des Sportplatzes“ wird fortgesetzt. Der dazu am 19.03.2019 unter 2. zu VL 005/2019 ergangene Beschluss des Rats wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja 8 Nein 2 Enthaltung 7

mehrheitlich angenommen

**4.2 Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom
26.01.2020
Hier: Umbau des Tennenplatzes in Darup zu einem Kunstraenplatz
Vorlage: 020/2020**

Vorlage 020/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Frau Block erläutert, dass die Gemeindeverwaltung Kontakt zur Bezirksregierung Münster aufgenommen habe. Dabei hat sich ergeben, dass wenn die Gemeinde den Sportverein mit 35% unterstützt und die Bezirksregierung die übrigen 65% im Rahmen der Förderung leisten würde, eine Doppelförderung vorliegen würde. Um dennoch eine Förderung für den Verein zu ermöglichen, wäre eine weitere Option, dass die Gemeinde den Förderantrag bei der Bezirksregierung Münster stellen und den Umbau selbst durchführen würde, da die Gemeinde Anspruch auf 35% Förderung habe. Borussia Darup habe die betreffenden Unterlagen bereits Frau Block zugesandt, die ein Ingenieurbüro mit der Durchsicht der Unterlagen betraut hat. Wenn diese Option verfolgt werden solle, müsse die Politik die Summe für eine Worst Case Berechnung in den Haushalt 2020 einstellen, damit für den Fall, dass keine Förderung von der Bezirksregierung erfolgt, die Gesamtkosten von der Gemeinde gedeckt sind. Der maximale Förderantrag liege bei 500.000 Euro, sodass eine maximale Gesamtsumme von 770.000 Euro möglich sei. Damit würde bei einer Förderung ein Eigenanteil von 270.000 Euro notwendig werden.

Die FDP spricht sich dafür aus, dass weitere Gespräche mit dem Verein geführt werden, jedoch im Sportstättenkonzept vorgesehen sei, die Plätze nach und nach zu sanieren. Dennoch erkenne die Fraktion die Notwendigkeit, da der Platz in keinem guten Zustand sei.

Frau Block erläutert, dass man die Planung durch ein Ingenieurbüro überprüfen lasse, sodass danach genauere Zahlen vorliegen werden.

Die CDU erkundigt sich, ob der Unterbau des Platzes erneuert werden müsse und ob der Verein erwäge, bestimmte Phasen des Baus in Eigenleistung durchzuführen. Herr Krüger erläutert, dass eine Baugrunduntersuchung vorliege und die Drainage erneuert werden müsse. Zudem stimme das Gefälle des Platzes derzeit nicht und müsse angepasst werden. Er werde die Anregung, dass der Verein bestimmte Leistungen in Eigenarbeit übernehme, aufnehmen.

Der Verein meldet sich zu Wort und stimmt Frau Block und Herrn Krüger zu, dass weitere Gespräche mit einem Ingenieurbüro notwendig seien, da beispielsweise die Information zu der Anpassung des Gefälles erst später aufgekommen sei. Dennoch müsse die Gemeinde bei einer Förderung durch die Bezirksregierung weniger Mittel aufbringen, als bei den übrigen Vereinen aufgewendet wurden. Sofern bestimmte Arbeiten in Eigenleistungen erbracht werden können, sei der Verein gerne bereit dazu.

Die CDU erkundigt sich, ob beispielsweise die Tore in einem guten Zustand seien, sodass man an dieser Stelle Geld für neue Tore sparen könne. Der Verein erläutert, dass die Tore zunächst von einem Fachmann begutachtet werden müssen.

Die UBG äußert, dass man auch über einen Winterrasenplatz nachdenken solle, wenn man eine Gesamterneuerung des jetzigen Tennenplatzes durchführe.

Die SPD merkt an, dass derzeit zu wenige Informationen für eine konkrete Planung vorliegen und die Sanierung des Platzes aufgrund dessen im Haushalt 2020 nicht berücksichtigt werden könne. Die Gemeinde habe im Jahr 2019 auf Fördermittel verzichtet und nun wolle die Politik diese Entscheidung übereilt treffen. Dies könne die SPD nicht nachvollziehen.

Die CDU lobt die Vorgehensweise des Vereins, sich um Fördermittel zu bemühen. Daher schlägt die Fraktion vor, den Betrag bei einem Worst Case Szenario in den Haushalt 2020 aufzunehmen, jedoch mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Fördermittel sollen beantragt werden, da unklar sei, ob eine Förderung auch 2021 noch möglich sei. Herr Krüger wendet ein, dass der Sperrvermerk jedoch nicht über die gesamte Summe möglich sei, da die Verwaltung einen Teil der Mittel für Planungskosten benötige.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen befürwortet das Engagement des Vereins, erläutert jedoch, dass viele andere Positionen im Haushalt seien, die Priorität haben. Zudem seien zu viele offene Fragen im Hinblick auf die Höhe der Kosten sowie die Bauherrschaft offen. Die Fraktion erkundigt sich bei der Verwaltung, welche Summe notwendig sei, um im Jahr 2020 eine Planung durchzuführen. Die Verwaltung erläutert, dass ca. 70.000 Euro notwendig seien.

Die Fraktion ÖLIN äußert, dass sie die Sanierung des Platzes hin zu einem Kunstrasenplatz insbesondere aus ökologischen Gründen nicht befürworte.

Die CDU und die UBG befürworten es, zunächst Planungsmittel für das Jahr 2020 einzustellen. Zudem bittet die CDU die Verwaltung um eine Übersicht aller größeren Investitionen im Jahr 2020.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt folgende Beschlussänderung: Im Haushaltsentwurf 2020 werden für die Sanierung des Tennenplatzes Planungskosten in Höhe von 40.000 € eingestellt. Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung ein.

Beschluss:

Im Haushaltsentwurf 2020 werden für die Sanierung des Tennenplatzes Planungskosten in Höhe von 40.000 € eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 4 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

5	Haushaltsberatungen für die Fachbereiche 3 und 5 Vorlage: 008/2020/1
----------	---

Vorlage 008/2020/1 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 4 beigelegt.

Die SPD äußert, dass Sie sich eine Zusammenstellung aller mittelfristigen Projekte wünsche, um eine Größenordnung der bevorstehenden Projekte in den nächsten drei Jahren zu haben. Frau Block erläutert, dass es aufgrund fehlender Planungsgrundlagen nicht immer konkreten Zahlen gebe. Man müsse mit gröberen Kalkulationen arbeiten, die im Laufe des Umsetzungsprozesses eventuell nicht ausreichend seien und Projekte kostenintensiver werden als zunächst mit einem Platzhalter angenommen. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen merkt an, dass die Verwaltung sich nach dem Baukosteninformationssystem richten könne. Die UBG erläutert, dass sie die Befürchtungen, nicht mit gröberen Kalkulationen arbeiten zu wollen, verstehe, versichert jedoch, dass sich die Politik im darüber im Klaren sei, dass es sich ausschließlich um Kalkulationen handle.

Die SPD stellt vorab folgenden Antrag: Die Verwaltung erarbeite bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10.03.2020 Kostenschätzungen für alle Projekte mit Priorität, wie beispielsweise zu den Feuerwehrhäusern und den Schulgebäuden, um diese in die mittelfristige Finanzplanung einzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: Ja 12, Enthaltung 2, Nein 3. Mehrheitlich angenommen

Beratung der einzelnen Produktbereiche:

Die Verwaltungsleitung beantwortet Rückfragen der Fraktionen zu einzelnen Teilpositionen der jeweiligen Produktbereiche. Die Haushaltsberatung wird für die Fachbereiche 3 und 5 gemeinsam durchgeführt.

01 Innere Verwaltung

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erläutert, dass sie unter Teilposition 13 die Kosten für die laufende Unterhaltung aller Gebäude für zu wenig detailliert halte.

Herr Haase lässt über folgenden Antrag zu Teilposition 16 abstimmen: 95.820 € für Mieten und Pachten (inkl. Anmietung von neuen Büroräumen): Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen empfiehlt an den Rat, die Kosten für die Anmietung neuer Büroräume zu streichen.

Abstimmungsergebnis: Ja 12, Enthaltung 2, Nein 3. Mehrheitlich angenommen

Die SPD erläutert, dass sie pauschale Kürzungen für richtig halte. Im Jahr 2019 sei nicht über alle Gelder verfügt worden, sodass man in Jahr 2020 Einsparungen von Beginn an vornehmen solle.

Die Fraktion stellt einen Antrag über eine pauschale Kürzung von jeweils 50.000 Euro in den Teilpositionen 13 und 16. Frau Block erklärt daraufhin, dass die Abschlussarbeiten für das Haushaltsjahr 2019 nicht abgeschlossen seien und man aufgrund dessen nicht sagen könne, ob die Aussage, dass nicht über alle Gelder verfügt wurde, zu halten sei. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hält dem entgegen, dass die Verwaltung verantwortungsbewusst den Haushalt für das Jahr 2020 aufgestellt habe und man bei jeder Teilposition einzeln schauen solle statt pauschal zu kürzen. Die CDU habe ebenfalls über pauschale Kürzungen nachgedacht, befürworte jedoch die Aussage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Der Ausschussvorsitzende lässt über folgenden Antrag der SPD abstimmen: Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen empfiehlt an den Rat, in den Teilpositionen 13 und 16 eine pauschale Kürzung von jeweils 50.000 Euro vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis: Ja 4, Nein 13. Mehrheitlich abgelehnt

02 Sicherheit und Ordnung

Die CDU erkundigt sich, ob die in Teilposition 6 genannten 16.000 Euro für die Erstattung von Privaten für die Einsätze und Hilfeleistungen der Freiwilligen Feuerwehr durch das Ordnungsamt in den letzten Jahren konsequent zurückerstattet wurden. Herr Kohaus erläutert, dass dies in den vergangenen Jahren insgesamt sehr konsequent durchgeführt wurde, jedoch im letzten Jahr aufgrund einer nicht besetzten Stelle im Ordnungsamt noch einige Bearbeitungen offen sind.

Die CDU erfragt, wie die Höhe der in Teilposition 25 eingestellten 222.500 Euro für die Planungskosten und einen Wettbewerb für den Neubau eines Feuerwehrgerätehauses in Appelhüsen zustande kommen. Herr Sonntag erläutert, dass es sich beim Erfahrungsaustausch mit umliegenden Kommunen zu einem positiven Feedback für einen Wettbewerb gekommen sei. Frau Frerick ergänzt, dass die Leistungsphasen zwei bis fünf in den Kosten bereits enthalten seien. Die Planungskosten belaufen sich lediglich auf 25.000 Euro. Es folgt eine kurze Aussprache aller Fraktionen zu diesem Thema.

03 Schulträgeraufgaben

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen kommentiert, dass unter Teilposition 13 durch einen Energieberater möglicherweise Einsparungen vorgenommen werden können.

06 Kinder, Jugend und Familienhilfe

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen äußert, dass die in Teilposition 13 eingestellten 164.410 Euro für den Abbau der Übergangskita in Appelhüsen zu hohe Ausgaben seien. Die Gemeinde müsse mehr Kitas in Eigenregie bauen, um diese Kosten künftig zu minimieren. Die SPD erkun-

digt sich, ob bereits Planungskosten für eine weitere Kita eingestellt seien. Frau Block befürwortet den Vorschlag der SPD. Sofern neue Zahlen vom Jugendamt vorhanden seien, könne man weitere Planungen durchführen. Wenn dies gewünscht sei, so müssten 35.000 Euro Planungskosten für eine zusätzliche Kita eingestellt werden.

08 Sportförderung

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen kommentiert an dieser Stelle erneut, dass unter Teilposition 13 die ersten vier Positionen durch einen Energieberater möglicherweise gekürzt werden können.

09 Räumliche Planung und Entwicklung

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wünscht die Teilposition 13 zu halbieren. Die vier Positionen für Planungskosten für das Dorfentwicklungskonzept Darup, die Neuplanung des Gesamtpakets der Gebäude Aschebergsche Kurie, Stiftsmühle und Alte Amtmannei, das Handlungskonzept „Ortskern Nottuln 2025“ sowie die Vorplanungen für einen neuen Verwaltungsstandort müssten gekürzt werden. Die Vorplanung für einen neuen Verwaltungsstandort solle man laut Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beispielsweise erst nach der Kommunalwahl weiterverfolgen.

Die UBG erkundigt sich, in welcher Teilposition Planungskosten für die Fortführung der baulichen Entwicklung im Bereich von Nottuln Nord untergebracht seien. Herr Sonntag erläutert, dass diese Kosten in den allgemeinen Planungskosten eingeordnet sind. Die UBG kritisiert, dass es keine eigene Auflistung für Nottuln Nord gebe, da es einen politischen Beschluss für die Umsetzung gebe.

11 Ver- und Entsorgung

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erkundigt sich, warum unter Teilposition 16 Mietzahlungen für den Wertstoffhof aufgelistet seien. Frau Block erläutert, dass es einen langfristigen Mietvertrag gebe. Die Verwaltung wird die zeitliche Bindung des Mietvertrages prüfen.

12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Die CDU erkundigt sich, ob es möglich sei, dass der eingesetzte Kleinbus, der die Schapdettener Grundschulkinder nach Nottuln bringt, im Anschluss auch die Grundschule in Darup anfahren könne. Herr Kohaus äußert, dass er am heutigen Tag eine Rückmeldung vom RVM bekommen habe, dass dies kostenneutral möglich sei und schnellstmöglich umgesetzt werde.

Die CDU erläutert ihren Antrag vom 02.03.2020 zur Einstellung eines Mobilitätsmanagers. Die Fraktion wünscht die Gelder in den Haushalt 2020 aufzunehmen und weitere Details in einer künftigen Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen zu beraten. Frau Block erläutert, dass der Stellenplan im HFA beraten werde. Die UBG befürwortet den Antrag, kritisiert jedoch, dass aufgrund der Kürze keine fraktionsinterne Vorberatung stattfinden konnte.

Die UBG stellt einen Antrag auf Verschiebung der unter Teilposition 25 genannten Position 110.000 Euro für eine Ersatzbrücke Wellstraße Appelhülsen in das Haushaltsjahr 2021. Herr Krüger bittet darum, die Maßnahme im Jahr 2020 zu realisieren. Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung über den Antrag der UBG ein.

Abstimmungsergebnis: Ja 4, Enthaltung 4, Nein 9. Mehrheitlich abgelehnt.

Die CDU erkundigt sich, ob die unter Teilposition 13 genannten 88.000 Euro an den Landesbetrieb Straßen sowie den gemeindeeigenen Bauhof für den Winterdienst aufgrund des milden Winters gekürzt werden können. Herr Krüger erläutert, dass diese Mittel nicht im allgemeinen Haushalt eingestellt seien, sondern es sich um eine Gebührenkalkulation handle und aufgrund dessen nicht gekürzt werden können.

Die SPD beantragt eine pauschale Erhöhung der unter Teilposition 13 genannten Kosten des ÖPNV um 100.000 Euro. Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung über den Antrag der SPD ein.

Abstimmungsergebnis: Ja 7, Enthaltung 2, Nein 8. Mehrheitlich abgelehnt.

Die SPD erfragt, warum 60.500 Euro für die Ampelanlage Dülmener Str./ Rudolf-Harbig-Str. eingestellt sind. Herr Krüger erläutert, dass es bei der Ampelanlage Probleme mit dem Erdkabel gebe. Die Ampelanlage sei auf Wunsch der Gemeinde auf einer Kreisstraße errichtet worden, sodass die Gemeinde aufgrund dessen für die Instandhaltung zuständig sei. Die maximale Lebensdauer der Ampel sei erreicht.

13 Natur- und Landschaftspflege

Die CDU bittet die Verwaltung, den Hochwasserschutz in Appelhülsen zu überprüfen und die Mittel zu erhöhen. Das vorhandene Streichwehr reiche nicht aus. Herr Kohaus erläutert, dass die Beurteilung der Verwaltung zu der Funktionsfähigkeit der Hochwasserschutzmaßnahmen nicht so eindeutig sei, wie die der Politik. Grundsätzlich sei festzuhalten, dass die vorhandenen Maßnahmen bei den Regenereignissen der vergangenen Wochen funktioniert haben. Es liegen der Verwaltung neue Daten vor, die nun eingearbeitet werden müssen. Eine Option wäre die Absenkung des Streichwehrs um 90 cm. Für diese Maßnahme bedarf es einer genauen Prüfung, da sich das Wasser an anderen Stellen ausbreiten würde, wenn das Streichwehr früher greift. Zudem bedarf diese Maßnahme einer wasserrechtlichen Erlaubnis. Es wäre möglich, die unter Teilposition 13 genannten 10.000 Euro um weitere Planungsmittel in Höhe 10.000 Euro zu erhöhen. Herr Sonn-

tag weist daraufhin, dass eine Umsetzung im Jahr 2020 nicht zu garantieren sei, da bei der wasserrechtlichen Erlaubnis sowohl die obere als auch die untere Wasserbehörde beteiligt wird und diese Zeit benötigen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über folgenden Antrag abstimmen: 10.000 € für die Überprüfung der Wirksamkeit einer Flutmulde am Roggenbach in Appelhülsen. Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Umwelt und Ordnungswesen empfiehlt an den Rat, die Position zur Überprüfung der Wirksamkeit einer Flutmulde am Roggenbach in Appelhülsen um 10.000 € auf insgesamt 20.000 € aufzustocken.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bittet, die Kosten für die Friedhofspflege unter Teilposition 13 zu kürzen. Frau Block erläutert, dass es sich um Pauschalzahlungen an den Baubetriebshof handle.

14 Umweltschutz

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen äußert, dass unter Teilposition 16 zu wenig Mittel für den Klimaschutz vorgesehen seien. Dem stimmen die Fraktionen der SPD, CDU und UBG zu.

Beschlussvorschlag:

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Die im Sachverhalt aufgeführten Produktbereiche werden vorbereitend für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat beraten und empfehlend beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 13 Nein 4 Enthaltung 0

mehrheitlich angenommen

6	Planungsangelegenheiten II
----------	-----------------------------------

6.1	3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 55 "Erweiterung des Bebauungsplanes Nr. 8 Schul-, Sport- und Erholungszentrum" Vorlage: 034/2020
------------	---

Vorlage 034/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

Die UBG erläutert, dass die Gemeindewiese grundsätzlich ein geeigneter Standort sei, jedoch weiterhin gewährleistet sein müsste, dass beispielsweise die Jugendfeuerwehr dort bestimmte Übungen absolvieren könne. Herr Sonntag erklärt, dass dies wahrscheinlich weiterhin möglich sei, da eine Restfläche bleibe.

Die SPD sieht die Notwendigkeit dieser Änderung. Dennoch solle man nicht festschreiben, dass ausschließlich eine Kita an diesem Standort ermöglicht werde, sondern man solle alle gemeindlichen Gebäude als zulässig festsetzen. Herr Sonntag erläutert, dass es bei Gemeinbedarfsflächen eine besondere Zweckbestimmung geben müsse.

Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung ein.

Beschlussvorschlag:

Ein Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 55 „Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 8 Schul-, Sport- und Erholungszentrum“ für den in Anlage 1 abgegrenzten Geltungsbereich wird im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB mit dem Ziel eingeleitet, auf der Planfläche die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Kindertagesstätte zu schaffen (Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB).

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 2 Enthaltung 1

mehrheitlich angenommen

6.2	Satzungsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 Vorlage: 173-1/2018
------------	---

Vorlage 173-1/2018 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 6 beigelegt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Abwägung der zur 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 „Westlich der Dülmener Straße“ abgegebenen Stellungnahmen wird, wie in Anlage 1 vorgeschlagen, zugestimmt.

2. Die vorliegende 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 36 „Westlich der Dülmener Straße“ (siehe Anlage 2) im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch wird gemäß § 10 Baugesetzbuch als Satzung beschlossen. Die zugehörige Begründung (siehe Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

6.3	Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 "Zwischen Nieder- und Oberstockumer Weg und Auf dem Esch" Gemarkung Nottuln, Flur 80, Flurstück 298, Auf dem Esch 10 Vorlage: 026/2020
------------	---

Vorlage 026/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 7 beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Ein Verfahren zur Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 „Zwischen Nieder- und Oberstockumer Weg und Auf dem Esch“ wird im Verfahren nach § 13a BauGB mit dem Ziel eingeleitet, eine Verschiebung der Baugrenzen im Änderungsbereich (siehe Anlage 1) herbeizuführen, um die überbaubaren Grundstücksflächen im rückwärtigen Grundstücksbereich im Sinne der Nachverdichtung anzupassen.

Hier: Aufstellungsbeschluss nach § 2 Abs. 1 BauGB

Abstimmungsergebnis:

vertagt

7	Verkehrsangelegenheiten
----------	--------------------------------

7.1	Radverkehrskonzept des Kreises Coesfeld hier: Diskussion über Eingaben der Fraktionen als Reaktion auf VL 014/2020 Vorlage: 014/2020/1
------------	---

Vorlage 014/2020/1 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 8 beigelegt.

Die CDU kritisiert, dass eine Radwegeverbindung von Nottuln nach Appelhüsen fehle. Die Wegebedingungen seien auf Höhe der Autobahnanschlussstelle nicht akzeptabel. Zudem fehle die Verbindung vom Gut Holtmann hin zum Marienhof. Hinzu kommt, dass ein Radweg am Verbindungs-

stück von der B 525 bis zum Ortsschild Darup fehle.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erkundigt sich, warum nicht kürzere Strecken entlang von Wirtschaftswegen gewählt wurden. Die UBG knüpft daran an und erläutert, dass man keine Fahrradautobahnen schaffen solle, sondern man solle Radwege entlang von vorhandenen Wirtschaftswegen ausbauen.

Die SPD bittet die Verwaltung, ein Konsenspapier zu formulieren und dem Kreis zur Stellungnahme zu geben. Herr Sonntag erläutert, dass er bisher ausschließlich und entgegen der zuvor getroffenen Absprache von Seiten der SPD sowie der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine Stellungnahme erhalten habe. Die übrigen Fraktionen können bis zum 06.03.2020 eine Stellungnahme bei der Verwaltung abgeben. Diese werde die Stellungnahmen gebündelt an den Kreis weiterleiten.

Es wird folgender Beschlussvorschlag formuliert:

1. Die Gemeinde Nottuln erarbeitet eine Stellungnahme zum Klimaschutzteilkonzept Radverkehr des Kreises Coesfeld und stimmt diese mit der Politik ab. Die Anregungen des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 16.01.2020 sowie der SDP vom 16.02.2020 fließen in die Stellungnahme ein. Die übrigen Fraktionen können bis zum 06.03.2020 eine Stellungnahme bei der Verwaltung abgeben.
2. Die Gemeindeverwaltung erweitert das Konzept um den innerörtlichen Radverkehr.
3. Die konkreten Maßnahmen zum Radverkehr werden mit der Politik abstimmt.

Der Ausschussvorsitzende leitet die Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Gemeinde Nottuln erarbeitet eine Stellungnahme zum Klimaschutzteilkonzept Radverkehr des Kreises Coesfeld und stimmt diese mit der Politik ab. Die Anregungen des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 16.01.2020 sowie der SDP vom 16.02.2020 fließen in die Stellungnahme ein. Die übrigen Fraktionen können bis zum 06.03.2020 eine Stellungnahme bei der Verwaltung abgeben.
2. Die Gemeindeverwaltung erweitert das Konzept um den innerörtlichen Radverkehr.
3. Die konkreten Maßnahmen zum Radverkehr werden mit der Politik abstimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

7.2 Entwicklung ÖPNV Nottuln
Vorlage: 030/2020

Vorlage 030/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 9 beigefügt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit verkehrsplanerischer Unterstützung den Prozess der Optimierung des lokalen ÖPNV voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

8 Umweltangelegenheiten

8.1 Antrag Bündnis 90/Die Grünen
hier: Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen
Vorlage: 017/2020/1

Vorlage 017/2020/1 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 10 beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird in der Sitzung erarbeitet

Abstimmungsergebnis:

vertagt

9 Ordnungsangelegenheiten

9.1 Satzung über den Wochenmarkt der Gemeinde Nottuln
(Wochenmarktsatzung) vom 03. Februar 2020 in der Fassung vom 28. März 2020
Vorlage: 032/2020

Vorlage 032/2020 zu diesem Tagesordnungspunkt ist dem Protokoll als Anlage 11 beigefügt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Satzung über den Wochenmarkt der Gemeinde Nottuln (Wochenmarktsatzung) vom 05. Juli 1983 in der Fassung vom 22. Mai 1984 wird aufgehoben.
2. Der in Anlage 1 abgedruckte Entwurf der „Satzung über den Wochenmarkt der Gemeinde Nottuln (Wochenmarktsatzung)“ wird als Satzung beschlossen.
3. Die Ordnungsbehördliche Verordnung über die Bestimmung der zusätzlichen Gegenstände des Wochenmarktverkehrs auf dem Nottulner Wochenmarkt in der Fassung vom 26.03.1982 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

10 Verschiedenes

Wolf Haase
Vorsitzender

Roswitha Roeing-Franke
Ausschussmitglied

Elisa Mütherig
Schriftführerin